

# Richtlinien

Des Landkreises..... Neuwied.....

über die Schülerbeförderung

vom..... 05.08.2016.....

## **Inhaltsübersicht**

### **I. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Grundschulen sowie der Förderschulen**

1. Persönlicher Geltungsbereich
2. Zuständige Schule
3. Schulweg
4. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
5. Beförderung mit Schulbussen
6. Privates Kraftfahrzeug
7. Begleitpersonen
8. Antragsverfahren
9. Bewilligung der Fahrkosten
10. Zahlungsweise

### **II. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen fünf bis zehn der Realschulen Plus in der jeweiligen Schulform, der Gymnasien in der jeweiligen Schulform und der Integrierten Gesamtschulen**

11. Persönlicher Geltungsbereich
12. Schulweg
13. Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Schule
14. Beförderung zu Schulen in freier Trägerschaft
15. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
16. Beförderung mit Schulbussen
17. Privates Kraftfahrzeug
18. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen
19. Kostenerstattung bei Heimfahrten
20. Antragsverfahren
21. Bewilligung der Fahrkosten

### **III. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen, der Vollzeitbildungsgänge der Fachschulen, für deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht zwingend erforderlich ist, sowie von Schülerinnen und Schülern der beruflichen Gymnasien, der Berufsfachschulen, der Fachoberschulen und der Berufsoberschulen (mit Eigenanteil)**

22. Persönlicher Geltungsbereich
23. Schulweg
24. Zuständige Schule
25. Feststellung der nächstgelegenen Schule
26. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
27. Privates Kraftfahrzeug
28. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen
29. Eigenanteil
30. Antragsverfahren
31. Bewilligung der Fahrkosten
32. Fahrtkosten zu Praktikumsorten

**IV. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule I und II**

33. Persönlicher Geltungsbereich
34. Schulweg
35. Zuständige Schule
36. Feststellung der nächstgelegenen Schule
37. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
38. Privates Kraftfahrzeug
39. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen
40. Kostenerstattung bei Heimfahrten
41. Antragsverfahren
42. Bewilligung der Fahrkosten

**V. Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die in besonderen Bildungsgängen der Berufsschule mit Vollzeitunterricht auf ein Berufsausbildungsverhältnis vorbereitet werden, und von Schülerinnen und Schülern, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Schulen besuchen**

43. Persönlicher Geltungsbereich
44. Schulweg
45. Zuständige Schule
46. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
47. Privates Kraftfahrzeug
48. Fahrkostenerstattung
49. Antragsverfahren
50. Bewilligung der Fahrkosten

**VI. Inkrafttreten**

# I.

## Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Grundschulen sowie der Förderschulen

### 1. Geltungsbereich

- 1.1 Der Landkreis Neuwied trägt aufgrund von § 69 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz-SchulG-) und § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz-PrivSchG-) in den jeweils geltenden Fassungen sowie nach Maßgabe der Satzung über die Schulbeförderung in der jeweils geltenden Fassung und dieser Richtlinien Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern öffentlicher Schulen oder staatlich anerkannter Ersatzschulen in freier Trägerschaft, soweit diese in seinem Zuständigkeitsbereich liegen.
- 1.2 Die Kostentragung für die Beförderung während der Unterrichtszeit, z.B. zu Sportanlagen, zu Jugendverkehrsschulen, ist Sache des Schulträgers (vgl. § 75 Abs. 2 Nr. 7 SchulG). Das gleiche gilt für Schülerbeförderungskosten im Rahmen von Erkundungen und Praktika (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz vom 9.10.2000 - GAmtsbl. S. 737 -).

### 2. Zuständige Schule

- 2.1 Der Landkreis Neuwied übernimmt die Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler der Grundschulen sowie der Förderschulen zum Besuch der zuständigen Schulen (§ 62 Abs. 2 SchulG bzw. § 59 Abs. 4 SchulG). Für Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 62 Abs. 2 Satz 3 SchulG durch die Schulleitung aus wichtigem Grund oder durch die Schulbehörde gem. § 62 Abs. 2 Satz 4 SchulG aus wichtigem pädagogischen oder organisatorischen Grund bzw. gem. § 59 Abs. 4 SchulG einer anderen Schule zugewiesen sind, werden Fahrkosten zu dieser Schule übernommen. Aus der Zuweisungsentscheidung muss sich der „wichtige Grund“ ergeben.

Für Grundschulen wird ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schulbezirk, bei mehreren Standorten für jeden Standort, festgelegt. Für Schulen, für die kein Schulbezirk festgelegt wurde (§ 62 Abs. 1 SchulG), kann ein Einzugsbereich festgelegt werden (§ 93 SchulG).

- 2.2 Für Schülerinnen und Schüler staatlich anerkannter Ersatzschulen in freier Trägerschaft trägt der Landkreis Neuwied die Fahrkosten nach Maßgabe des § 33 Privatschulgesetz (PrivatSchG). Bei Schülerinnen und Schülern von Grundschulen ist Voraussetzung, dass die Schulen im Bezirk der für die Schülerinnen und Schüler zuständigen öffentlichen Grundschule oder einem angrenzenden Schulbezirk liegt.
- 2.3 Für die Rudolf-Steiner-Schule/Freie Walldorfschule in Neuwied gilt:  
Für die Klassen 1 bis 4 werden die Kosten für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler übernommen, wenn diese ihren Wohnsitz im Stadtgebiet Neuwied haben.

### 3. Schulweg

- 3.1 Fahrkosten werden übernommen, wenn der kürzeste nicht besonders gefährliche Fußweg zwischen Wohnung (Hauptwohnung) und Schule (Schulgelände) die in § 69 Abs. 2 Schulgesetz normierten Entfernungen überschreitet. Der Schulweg ist ohne Benutzung eines Verkehrsmittels nicht zumutbar, wenn er für Grundschülerinnen und –schüler länger als 2 Kilometer oder wenn er besonders gefährlich ist.
- 3.2 Der Schulweg ist in der Regel insbesondere dann besonders gefährlich, wenn er für Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung ihres Alters und der besuchten Schulart infolge jahreszeitlich bedingter Verhältnisse als Fußweg ungeeignet ist; ferner, wenn er auf einer längeren Strecke überwiegend entlang einer verkehrsreichen Straße ohne Gehweg oder begehbaren Randstreifen führt oder wenn eine Hauptverkehrsstraße ohne Sicherung durch Ampelanlagen, Fußgängerüberwege oder sonstige verkehrssichernde Einrichtungen überquert werden muss. Eine besondere Gefährlichkeit kann z.B. in einer sittlichen oder kriminellen Gefährdung bestehen. In Zweifelsfällen soll eine Stellungnahme der zuständigen Polizeidienststelle eingeholt werden.
- 3.3 Für Schülerinnen und Schüler der Förderschulen gelten Nr.3.1 bis 3.2 (Klassenstufen 1 bis 4) bzw. Nr. 12 (Klassenstufe 5 bis 10) entsprechend, wobei Art und Grad der Behinderung zu berücksichtigen ist. Bei Schülerinnen und Schülern der Schulen mit den Förderschwerpunkten motorische oder ganzheitliche Entwicklung ist in der Regel die Benutzung eines Verkehrsmittels unabhängig von der Länge des Schulwegs als notwendig anzusehen.

#### **4. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

- 4.1 Bei Schülerinnen und Schülern, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen, übernimmt der Landkreis Neuwied das Beförderungsentgelt des jeweiligen Verkehrsträgers unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreismäßigungen für die preisgünstige zumutbare Verkehrsverbindung. In der Regel werden die Fahrkosten in der Weise übernommen, dass die Schülerinnen und Schüler Schülerjahreskarten zur Benutzung des öffentlichen Verkehrsmittels erhalten. Eine evtl. Vorrangstellung des Schienennahverkehrs soll berücksichtigt werden.
- 4.1.1 Verlorene Fahrkarten sind bei dem zuständigen Verkehrsunternehmen zu beschaffen. Im Übrigen gelten die einschlägigen Regelungen des jeweiligen Verkehrsträgers.
- 4.2 Mehrkosten für ein teureres öffentliches Verkehrsmittel oder für eine kombinierte Fahrkarte für die Benutzung mehrerer öffentlicher Verkehrsmittel auf einer Strecke oder für eine teurere Streckenführung werden übernommen, wenn die preisgünstige Verkehrsverbindung unzumutbar ist. (Nr.5.2).
- 4.3 Nicht erstattungsfähig sind Mehrkosten für Züge des Fernverkehrs (z.B. IC/EC und ICE) oder für eine höhere als die 2. Wagenklasse. Bei gesamtwirtschaftlich günstigeren Verbindungen kann auch ein IC/EC enthalten sein.
- 4.4 Für die Ausgabe der Fahrkarten gelten die Vereinbarungen des Landkreises Neuwied mit den jeweiligen Verkehrsträgern.

#### **5. Beförderung mit Schulbussen**

- 5.1 Ist die Beförderung mit bestehenden öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zumutbar, trägt der Landkreis Neuwied die Fahrtkosten in der Weise, dass er der Schülerin bzw. dem Schüler grundsätzlich die Mitfahrt in einem Schulbus ermöglicht. Der Einsatz von Schulbussen ist unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu regeln. Sind in der Regel weniger als fünf Schülerinnen bzw. Schüler gemeinsam zu befördern, gilt der Einsatz eines Schulbusses als unwirtschaftlich. Es ist jeweils zu prüfen, ob anstelle eines Schulbusses eine ÖPNV-Linie eingerichtet werden oder eine bestehende zeitlich angepasst werden kann.
- 5.2 Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist in der Regel nicht zumutbar, wenn
- die Länge der einfachen Wegstrecke zwischen Wohnung und der Haltestelle sowie zwischen der Haltestelle und der Schule für die Grundschülerin bzw. den -schüler insgesamt mehr als 1 Kilometer beträgt oder
  - die Fahrzeit von der Haltestelle zur Schule für die Grundschülerin bzw. den -schüler 30 Minuten überschreitet oder
  - die Ankunft oder die Abfahrt des Verkehrsmittels in der Regel bei einer Grundschülerin bzw. einem -schüler jeweils nicht innerhalb von 15 Minuten vor Beginn und nach Ende des Unterrichts erfolgt.

Für Schülerinnen und Schüler der Förderschulen, Klassenstufe 1 bis 4, gilt Nr. 5.2, der Klassenstufen 5 bis 9 Nr. 16 entsprechend; bei Schülerinnen und Schülern der Förderschulen bestimmen Art und Grad der Behinderung, ob das öffentliche Verkehrsmittel zumutbar ist.

- 5.3 Beförderungen mit dem Schulbus sollen so gestaltet werden, dass sie für die Schülerinnen und Schüler zumutbar im Sinne von Nr. 5.2 sind. Bei Schülerinnen und Schülern der Förderschulen ist unter Berücksichtigung des Einzugsbereichs der Schule und wirtschaftlicher Gesichtspunkte die kürzest mögliche Fahrroute zu wählen.
- 5.4 Grundsätzlich ist eine gemeinsame Hin- und Rückfahrt der Schülerinnen und Schüler vorzusehen, sodass Zwischenfahrten entbehrlich sind. Zwischenfahrten sollten nur dann erfolgen, wenn mindestens fünf Schülerinnen bzw. Schüler gemeinsam befördert werden.
- 5.5 Die Schulbusse sind mit einem ausreichenden Platzangebot zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der zulässigen Plätze richtet sich nach den Angaben in der Zulassungsbescheinigung Teil I.

Die in der Zulassungsbescheinigung Teil I angegebenen Stehplätze sind in der Regel höchstens bis zu 70% in Anspruch zu nehmen. Soweit Stehplätze in Anspruch genommen werden, müssen für Schülerinnen und Schüler geeignete Haltevorrichtungen in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Sie müssen so beschaffen und angeordnet sein, dass sie auch von Schülerinnen und Schülern aller Altersklassen benutzt werden können. In Zweifelsfällen soll der Unternehmer

vertraglich verpflichtet werden, hierüber ein Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr vorzulegen.

## **6. Privates Kraftfahrzeug**

- 6.1 Ausnahmsweise können für die Benutzung eines eigenen oder fremden Privat- Kraftfahrzeuges Kosten ersetzt werden, wenn insbesondere
- 6.1.1 die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines Schulbusses nicht möglich ist – hierzu zählt auch, wenn eine Schülerin bzw. ein Schüler wegen einer nicht nur vorübergehenden Behinderung oder Krankheit die auf den Schulweg üblichen Verkehrsmitteln nicht benutzen kann – oder
- 6.1.2 durch die Beförderung mit einem Privat-Kraftfahrzeug eine erhebliche Zeitersparnis gegenüber der Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels erzielt werden kann, oder
- 6.1.3 der Weg zur nächstgelegenen Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines Schulbusses unzumutbar ist.
- 6.2 In diesen Fällen werden Kosten anderer Beförderungsmittel nur bis zu der Höhe übernommen, wie sie bei der Übernahme der notwendigen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel entstehen würden. Die Höhe ergibt sich aus der Entfernung zwischen Wohnung und Schule entsprechend der tariflich festgelegten Preis- und Entfernungstafel, im Falle der Nr. 6.1.3 werden die Kosten nur für die Entfernung zwischen Wohnung und nächstgelegener Haltestelle erstattet, es sei denn, dass Nr. 6.1.2 zutrifft.
- 6.3 Die Erstattung der Fahrkosten erfolgt grundsätzlich einmal jährlich nach Ablauf des jeweiligen Schuljahres. Der erstattete Betrag kann für einen Monat zurückgefordert bzw. verrechnet werden, wenn die Schülerin bzw. der Schüler in diesem Monat weniger als zwei Wochen die Schule besucht hat.

## **7. Begleitpersonen**

- 7.1 Für die Beförderung von körperbehinderten und geistig behinderten Schülerinnen und Schülern zur Schule mit den Förderschwerpunkten motorische bzw. ganzheitliche Entwicklung sind grundsätzlich Fahrzeuge mit Sicherheits-einrichtungen einzusetzen. Geeignete Begleitpersonen sind einzusetzen, wenn die Schülerinnen und Schüler wegen des Grades der Behinderung beaufsichtigt werden müssen und Sicherheitsgurte nicht ausreichen. Bei Schülerinnen und Schülern von Schulen mit anderen Förderschwerpunkten ist für geeignete Begleitpersonen zu sorgen, wenn dies nach Art und Grad der Behinderung notwendig ist.
- 7.2 Geeignete Begleitpersonen sind vom Beförderungsunternehmen zu stellen; die Kreisverwaltung Neuwied oder die Schule können vermittelnd tätig werden. Die Vorschriften des Landestariftreuegesetz (LTTG) sind zu beachten.

## **8. Antragsverfahren**

Nähere Einzelheiten ergeben sich aus der Satzung.

## **9. Bewilligung der Fahrkosten**

Die Bewilligung der Fahrkosten erfolgt für die Dauer eines Schuljahres. Sie verlängert sich jeweils für ein weiteres Schuljahr bis zum Ende des Schulbesuchs, wenn nicht vor Ablauf des Schuljahres die Verlängerung schriftlich abgelehnt wird.

### **Zahlungsweise**

Zahlungen werden grundsätzlich durch Überweisung auf das im Antrag angegebene Konto vorgenommen.

## II.

### **Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen fünf bis zehn der Realschulen plus in der jeweiligen Schulform, der Gymnasien in der jeweiligen Schulform und der Integrierten Gesamtschulen**

#### **11. Geltungsbereich**

- 11.1 Nr. 1.1 und Nr. 1.2 gelten entsprechend; Nr. 1.2 unbeschadet der Sonderregelung für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zu Schulen in freier Trägerschaft unter Nr. 14.
- 11.2 Die Beförderungspflicht gilt nicht für Schülerinnen und Schüler von Abendschulen.

#### **12. Schulweg**

Hinsichtlich des Schulwegs gelten die Regelungen von Nr. 3.1 bis 3.2 mit der Maßgabe, dass der Schulweg unzumutbar ist, wenn er länger als 4 Kilometer oder besonders gefährlich ist.

Fahrkosten werden nur dann in voller Höhe übernommen, wenn die Schülerin bzw. der Schüler die nächstgelegene Schule der gewählten Schulart besucht; beim Besuch einer anderen als der nächstgelegenen Schule werden Kosten nur insoweit übernommen, als sie bei der Fahrt zur nächstgelegenen Schule zu übernehmen wären.

#### **13. Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Schule**

- 13.1 Für Schülerinnen und Schüler der Realschule plus in der jeweiligen Schulform werden die Fahrkosten zur nächstgelegenen Realschule plus in der jeweiligen Schulform übernommen. Besteht eine Realschule plus in der jeweiligen Schulform aus mehreren Standorten, gilt für die Schülerin/den Schüler diejenige Schule als nächstgelegene, von der wenigstens ein Standort dem Wohnort nächstgelegen ist.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur hat mit Schreiben vom 04.06.2009 für den Besuch der Realschulen außerhalb von Rheinland-Pfalz darauf hingewiesen, dass die Realschulen in einem anderen Bundesland nach Einführung der Realschule plus in Rheinland-Pfalz formal miteinander vergleichbar sind. Sofern im Landkreis keine Realschule herkömmlicher Art mehr besteht, haben die Schülerinnen und Schüler keinen Anspruch auf Beförderung zu einer Realschule in einem angrenzenden Bundesland, wenn eine Realschule plus nähergelegen ist.

- 13.2 Bei der Feststellung des nächstgelegenen öffentlichen Gymnasiums bleiben Gymnasien in freier Trägerschaft außer Betracht. Für Schülerinnen und Schüler der Gymnasien werden die Fahrkosten zum nächstgelegenen Gymnasium in der jeweiligen Schulform übernommen.
- 13.3 Es sind nur Schulen in der jeweiligen Schulform mit der gewählten ersten Fremdsprache zu berücksichtigen.
- 13.4 Für Schülerinnen und Schüler, die eine Integrierte Gesamtschule besuchen, ist diese die nächstgelegene Schule, wenn die Schülerin bzw. der Schüler im Einzugsbereich der Integrierten Gesamtschule nach § 93 SchulG wohnt. Ist kein Einzugsbereich gebildet, werden Fahrkosten höchstens bis zur nächstgelegenen Integrierten Gesamtschule erstattet.
- 13.5 Für Schülerinnen und Schüler, die die schulartübergreifende Orientierungsstufe einer öffentlichen Schule besuchen, ist diese Schule die nächstgelegene, wenn nicht Schulen von jeder Schulart, die an dieser Orientierungsstufe beteiligt sind, näher liegen.
- 13.6 Öffentliche Schulen innerhalb derselben Gemeinde, zu denen der Weg länger als 4 Kilometer ist, gelten als gleich nahe gelegen.
- 13.7 Bei der Feststellung, ob eine öffentliche Schule die nächstgelegene ist, bleiben Wegdifferenzen bis zu 5 Kilometer außer Betracht. Maßgeblich ist die kürzeste verkehrsübliche Wegstrecke zwischen Wohnung und Schule; entscheidend ist also die zurückzulegende reine Wegstrecke (nicht aber sind es z.B. die Luftlinienentfernung, der Zeitaufwand oder die Kosten der Beförderung).
- 13.8 Ausnahmen von dem Erfordernis der nächstgelegenen öffentlichen Schule sind insbesondere möglich, wenn
- die nächstgelegene öffentliche Schule nachweislich nicht mehr aufnahmefähig ist,
  - eine bessere Auslastung einer öffentlichen Schule erreicht werden kann,

- ein Schulwechsel im Laufe des Schuljahres vermieden werden kann,
- beim Besuch einer weiteren entfernten öffentlichen Schule keine Mehrkosten anfallen oder
- die Verkehrsverbindung zur nächstgelegenen öffentlichen Schule unzumutbar, zu einer weiter entfernten öffentlichen Schule dagegen zumutbar ist.

Eine Ausnahme kann auch dann gemacht werden, wenn sich die nächstgelegene öffentliche Schule außerhalb des Wohnorts, die weiter entfernte besuchte öffentliche Schule dagegen im Wohnort der Schülerin bzw. des Schülers befindet.

- 13.9 Ist die öffentliche Schule zum Wohnort der Schülerin bzw. des Schülers die nächstgelegene, gilt sie – außer bei einem Wohnortwechsel – für die Dauer des Schulbesuchs weiterhin als nächstgelegene Schule; das Gleiche gilt, wenn zu Beginn des Schuljahres eine Ausnahme nach Nr. 13.8 gemacht wird.

#### **14. Beförderung zu Schulen in freier Trägerschaft**

- 14.1 Bei staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft, die Beiträge nach § 28 Abs.1 PrivSchG erhalten, werden den Schülerinnen und Schülern die Fahrkosten bis zur nächstgelegenen Ersatzschule in freier Trägerschaft übernommen. Nr. 13 gilt entsprechend.
- 14.2 Bei dem Besuch von Schulen in freier Trägerschaft, die Zuschüsse nach § 28 Abs.6 PrivSchG erhalten, werden den Schülerinnen und Schülern die Fahrkosten unabhängig von der jeweiligen Schulform bis zur nächstgelegenen öffentlichen Realschule plus oder zum nächstgelegenen öffentlichen Gymnasium bzw. zur nächstgelegenen öffentlichen Integrierten Gesamtschule übernommen. Nr. 13 gilt entsprechend.
- 14.3 Schülerinnen und Schüler, die sonstige Schulen in freier Trägerschaft besuchen, werden von der Beförderungspflicht nicht erfasst.

#### **15. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

- 15.1 Nrn. 4.1 bis 4.4 gelten sinngemäß.

#### **16. Beförderung mit Schulbussen**

- 16.1 Nr. 5.1 gilt entsprechend.
- 16.2 Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist im Allgemeinen für Schülerinnen und Schüler einer Realschule plus in der jeweiligen Schulform nicht mehr zumutbar, wenn
- die Länge der einfachen Wegstrecke zwischen Wohnung und der Haltestelle insgesamt mehr als 2 Kilometer beträgt,
  - die Fahrzeit von der Haltestelle zur Schule 60 Minuten übersteigt oder
  - die Ankunft oder die Abfahrt des Verkehrsmittels nicht innerhalb von 30 Minuten vor Beginn und nach dem Ende des Unterrichts erfolgt

Für Schülerinnen bzw. Schüler eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule ist die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Allgemeinen nicht zumutbar, wenn die vorgenannten Entfernungen, Fahr- und Wartezeiten erheblich überschritten werden.

- 16.3 Nr. 5.3 bis Nr. 5.5 sind sinngemäß anzuwenden.

#### **17. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 6 gilt entsprechend.

#### **18. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen**

Beim Besuch einer anderen als der nächstgelegenen Schule (§ 69 Abs. 3 Satz 1 SchulG) werden Fahrkosten nur insoweit übernommen, als sie bei der Fahrt zur nächstgelegenen Schule zu übernehmen wären (vgl. Nr. 12 Satz 2). Die Erstattung erfolgt grundsätzlich einmal jährlich nach Ablauf des Schuljahres. Der erstattete Betrag kann für einen Monat

zurückgefordert bzw. verrechnet werden, wenn die Schülerin bzw. der Schüler in diesem Monat weniger als zwei Wochen die Schule besucht hat. Nr. 10 gilt entsprechend.

## **19. Kostenerstattung bei Heimfahrten**

- 19.1 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 10, die während der Ausbildung nicht bei ihren Eltern wohnen, erstattet der Landkreis Neuwied innerhalb eines Schuljahres die nachgewiesenen Kosten für 6 Fahrten (Hin- und Rückfahrt) mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen Wohnung der Eltern und dem Schulort. Nr. 4.1 Satz 1 ist entsprechend anwendbar.
- 19.2 Wenn die Heimfahrt nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgt, können ausnahmsweise Fahrkosten für die Heimfahrt mit einem privaten Kraftfahrzeug bis zu Höhe der Kosten nach Nr. 19.1 übernommen werden, wenn die öffentliche Verkehrsverbindung für die Schülerin bzw. den Schüler, insbesondere unter Berücksichtigung ihres bzw. seines Alters, unzumutbar ist, z.B. wegen der Länge der Fahrzeit oder der durch Umsteigen bedingten Wartezeit.
- 19.3 Fahrkosten für Heimfahrten werden nur bis zu einer Entfernung zwischen Schulort und Wohnung von 150 Kilometern erstattet.
- 19.4 Kosten für Heimfahrten werden nicht erstattet, wenn die Fahrkosten für den täglichen Schulweg zu übernehmen sind.
- 19.5 Die erstattungsfähigen Fahrkosten werden grundsätzlich nachträglich zum Ende des Schuljahres erstattet. Bei der Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind von der Antragstellerin bzw. dem Antragssteller vorher die innerhalb des Erstattungszeitraumes gelösten Hin- und Rückfahrten vorzulegen. Nr. 10 gilt entsprechend.

## **20. Antragsverfahren**

Nähere Einzelheiten ergeben sich aus der Satzung.

## **21. Bewilligung der Fahrtkosten**

Nr. 9 gilt entsprechend.

### **III.**

**Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 11 bis 13 der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen, von Schülerinnen und Schülern in den Vollzeitbildungsgängen der Fachschulen, für deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht zwingend erforderlich ist, sowie der beruflichen Gymnasien, der Berufsfachschulen, der Fachoberschulen und der Berufsoberschulen (Einkommensgrenze als Anspruchsvoraussetzung und Eigenanteil)**

#### **22. Persönlicher Geltungsbereich**

22.1 Der Landkreis Neuwied trägt aufgrund von § 69 Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz-SchulG-) und § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz- PrivSchG -) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit der Landesverordnung über die Höhe der Einkommensgrenze bei der Schülerbeförderung in der jeweils geltenden Fassung und nach Maßgabe der Satzung über die Schülerbeförderung und dieser Richtlinien in den jeweiligen Fassungen Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern, die folgende öffentliche Schulen oder staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft bzw. die nachstehend genannten Jahrgangsstufen derselben besuchen und einen Anspruch auf Beförderung haben können. Anspruch auf Beförderung können folgende Schülerinnen und Schüler haben:

22.1.1 der Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen,

22.1.2 in den Vollzeitbildungsgängen

22.1.2.1 der Fachschulen für deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht zwingend erforderlich ist,

22.1.2.2 der beruflichen Gymnasien,

22.1.2.3 der Berufsfachschulen (ausgenommen Berufsfachschule I und II, s. Nr. IV),

22.1.2.4 der Fachoberschulen,

22.1.2.5 der Berufsoberschulen.

22.2 Die Regelung in Nr. 1.2 gilt entsprechend

22.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler von Abendschulen.

#### **23. Schulweg**

Hinsichtlich des Schulwegs gelten die Regelungen in Nr. 12 entsprechend.

#### **24. Zuständige Schule**

Der Landkreis Neuwied übernimmt die Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler (nicht: Auszubildende) der Berufsschulen zum Besuch der zuständigen Schule (§ 62 Abs. 3 und 4 SchulG). Nr. 2.1 Satz 2 gilt sinnesgemäß.

#### **25. Feststellung der nächstgelegenen Schule**

Soweit keine Schulbezirke festgelegt sind, gelten die Regelungen in Nr. 13 und Nr. 14 sinnesgemäß. Bei berufsbildenden Schulen werden bei der Feststellung der nächstgelegenen Schule die gewählte Schulform, der gewählte Bildungsgang sowie evtl. Zulassungsbeschränkungen berücksichtigt. Dies gilt entsprechend für gewählte Leistungskurse der Gymnasien.

#### **26. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

Nr. 15 gilt entsprechend.

**27. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 6 gilt entsprechend.

**28. Erstattung von Fahrtkosten in sonstigen Fällen**

Nr. 18 gilt entsprechend.

**29. Eigenanteil**

Nähere Regelungen ergeben sich aus der Satzung.

**30. Antragsverfahren**

Nähere Regelungen ergeben sich aus der Satzung.

**31. Bewilligung der Fahrtkosten**

Die Bewilligung der Fahrtkosten erfolgt für die Dauer eines Schuljahres.

**32. Fahrtkosten zu Praktikumsorten**

Für die Beförderung von Schülerinnen und Schüler der Fachoberschulen zu den Praktikumsorten ist entsprechend des Schreibens des MBWWK vom 28.06.2011; § 69 SchulG und nicht § 75 Abs. 2 Nr. 7 SchulG anzuwenden.

## **IV.**

### **Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule I und II**

#### **33. Persönlicher Geltungsbereich**

33.1 Der Landkreis Neuwied trägt aufgrund von § 69 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz-SchulG-) und § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz-PrivSchulG-) in den jeweils geltenden Fassungen sowie nach Maßgabe der Satzung über die Schülerbeförderung und dieser Richtlinien in den jeweils geltenden Fassungen Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule I und II.

33.2 Die Regelungen in Nr. 1.2 und 11.2 gelten entsprechend.

33.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler von Abendschulen.

#### **34. Schulweg**

Nr. 12 gilt entsprechend.

#### **35. Zuständige Schule**

Nr. 25 gilt entsprechend.

#### **36. Feststellung der nächstgelegenen Schule**

Nr. 26 gilt entsprechend.

#### **37. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

Nr. 15 gilt entsprechend.

#### **38. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 6 gilt entsprechend.

#### **39. Erstattung von Fahrtkosten in sonstigen Fällen**

Nr. 18 gilt entsprechend.

#### **40. Kostenerstattung bei Heimfahrten**

Nr. 20 gilt entsprechend.

#### **41. Antragsverfahren**

Nr. 8 gilt entsprechend.

#### **42. Bewilligung der Fahrkosten**

Die Bewilligung der Fahrkosten erfolgt für die Dauer eines Schuljahres.

## V.

### **Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die in besonderen Bildungsgängen der Berufsschulen mit Vollzeitunterricht auf ein Berufsausbildungsverhältnis vorbereitet werden und von Schülerinnen und Schülern, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen**

#### **43. Persönlicher Geltungsbereich**

- 43.1 Der Landkreis Neuwied trägt aufgrund von § 69 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz - SchulG-) und § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz -PrivSchulG-) in der jeweils geltenden Fassung und nach Maßgabe der Satzung über die Schülerbeförderung und dieser Richtlinien in den jeweils geltenden Fassungen Fahrkosten zu öffentlichen Schulen und staatlich anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft für Schülerinnen und Schüler:
- 43.1.1 des Berufsvorbereitungsjahres in Vollzeitform und anderer besonderer Bildungsgänge der Berufsschulen mit Vollzeitunterricht, die auf ein Berufsausbildungsverhältnis vorbereiten,
- 43.1.2 die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen.
- 43.2 Die Regelung in Nr. 1.2 gilt entsprechend.
- 43.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, soweit sie eine Förderung nach sonstigen landes- oder bundesrechtlichen Vorschriften erhalten. Decken diese Leistungen jedoch nicht die notwendigen Fahrkosten, die unter Zugrundelegung dieser Richtlinien andernfalls erstattet würden, ist die Differenz zwischen erstattungsfähigen Fahrkosten und den gewährten Leistungen nach den sonstigen landes- oder bundesrechtlichen Vorschriften zu zahlen

#### **44. Schulweg**

Nr. 12 gilt entsprechend.

#### **45. Zuständige Schule**

Nr. 24 gilt entsprechend.

#### **46. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

- 46.1 Nr. 4 gilt entsprechend.
- 46.2 Für Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis, noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, werden für jeden Schultag die Kosten für eine Hin- und Rückfahrkarte, 2. Klasse, unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreisermäßigungen für die preisgünstige zumutbare Verkehrsbindung übernommen, soweit öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden. Nicht erstattungsfähig sind Mehrkosten für Züge des Fernverkehrs ( z.B. IC/EC und ICE) oder für eine höhere als die 2. Wagenklasse. Bei gesamtwirtschaftlich günstigeren Verbindungen kann auch ein IC/EC enthalten sein.

#### **47. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 6 gilt entsprechend. Abweichend von Nr. 6.3 gilt für Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, die Regelung in Nr. 48 entsprechend.

**48. Fahrkostenerstattung**

Für Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, werden die Fahrkosten nach Nr. 46.2 gegen Vorlage der Fahrkarten wie folgt erstattet:

Zum 1. Oktober, 1. Dezember, 1. Februar, 1. Mai und zum Ende des Schuljahres jeweils für die vorangegangenen Monate. Die Kreisverwaltung Neuwied kann die Fahrkostenerstattung von einem Nachweis der Schule über den Schulbesuch abhängig machen. Die Schülerinnen bzw. Schüler haben glaubhaft zu versichern, dass sie in den einzelnen Erstattungszeiträumen in keinem Berufsausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis gestanden haben. Nr. 10 gilt entsprechend.

**49. Antragsverfahren**

Nähere Regelungen ergeben sich aus der Satzung.

**50. Bewilligung der Fahrkosten**

Nähere Regelungen ergeben sich aus der Satzung.

**VI.**

**Inkrafttreten**

Diese Richtlinien sind erstmals für das Schuljahr 2015/2016 anzuwenden. Die bisherigen Richtlinien vom 01.08.2014 treten außer Kraft.

Neuwied, den 05.08.2016

Rainer Kaul  
-Landrat-